

WELT  ONLINE

URL: <http://www.welt.de/politik/article2693948/Muentefering-Ypsilanti-und-das-Drama-namens-SPD.html>

Richtungsstreit

Müntefering, Ypsilanti und das Drama namens SPD

Von Daniel Friedrich Sturm 9. November 2008, 00:17 Uhr

Bei den Sozialdemokraten tut sich ein tiefer Graben zwischen Dogmatismus und Reformpolitik auf. Die Partei hat einfach einen Hang zur Opposition. Deswegen wird sie nach Andrea Ypsilantis Abgang schnell einen Antipoden zu Peer Steinbrück finden. Und sie wird noch mehr Prozentpunkte auf die Union verlieren.



Foto: REUTERS

Kämpft um die Zukunft seiner Partei: Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering muss die Konsequenzen aus

den hessischen Verhältnissen seiner Partei ausbaden

In dieser Woche hat die SPD ein politisches Drama der besonderen Klasse aufgeführt. Andrea Ypsilantis abermaliges Scheitern beim Versuch, sich zur hessischen Ministerpräsidentin wählen zu lassen, mag man als Spartenprogramm abtun. Man kann es ebenso als weitere Wendung eines schier unglaublichen (und unglaubwürdigen) Stücks werten.

Doch das jähe Ende Ypsilantis und ihres Wiesbadener Weges betrifft die gesamte SPD. So hatte der erste Akt jenes Dramas, der Wortbruch, zum Ansehens- und sodann zum Amtsverlust des Parteivorsitzenden Kurt Beck geführt.

Hinzu kommt, dass Ypsilanti und ihre Truppe um den famosen Solar-Guru Hermann Scheer nie nur beansprucht hatten, für Frankfurt und Fulda zu wirken. Ihnen ging es stets um mehr – Ypsilanti um die westdeutsche SPD, Scheer wie immer um die ganze Welt.

Der Sturz Ypsilantis ist ein Drama für die SPD

Entsprechend tief ist der Fall. Das gilt für die SPD – und selbst unter der nachvollziehbaren Prämisse, eine Ministerpräsidentin Ypsilanti mit einer von der Partei Die Linke geduldeten Minderheitsregierung hätten dem Land und der Sozialdemokratie weitaus mehr geschadet. Die nochmalige Niederlage Ypsilantis wäre wohl ohne die amerikanische Präsidentschaftswahl und die Finanzkrise stärker wahrgenommen worden.

Hessen und die Finanzkrise sind kein zufälliges Paar. Diese beiden Pole veranschaulichen die derzeitige Verfassung der SPD, aber auch Grundlinien ihrer Geschichte, ihres Charakters. So wie Hessen jedenfalls in der SPD durch Ypsilanti personifiziert wird, steht Finanzminister Peer Steinbrück für das Bemühen, die Auswirkungen der Finanzkrise einzuhegen. Ypsilanti und Steinbrück spiegeln dabei die SPD in ihrer Breite wider – und sie stehen für den innerparteilichen Streit. Anlässe dafür hat es in der Sozialdemokratie immer gegeben! Erst recht gilt dies für die SPD in Regierungsverantwortung.

Seit ihrem fulminanten Wahlsieg bei der Bundestagswahl im September 1998 präsentiert die SPD ein Langzeitdrama. Interne Konflikte, Personalquerelen, zuweilen beträchtliches Unvermögen und immer wieder krachende Wahlniederlagen haben jedes Jahr auf diesem sozialdemokratischen Weg begleitet. Immer wieder stand die SPD am Abgrund.

Doch ebenso gelangen der SPD, teilweise auf dem Hochseil, etliche große Entscheidungen, manch wirkliche Zäsur. Gerhard Schröder hat dabei als charismatischer Anführer seiner Partei nichts erspart, sie vielmehr oft zu Leistungen animiert, zu denen sie sich selbst nie in der Lage sah. An erster Stelle gilt dies für die mutigen Arbeitsmarktreformen, aber auch für die Auslandseinsätze der Bundeswehr und das Nein zu einer deutschen Beteiligung am Irak-Krieg.

Neben einer gefühlsduselig-gesinnungsethischen, oppositionsverliebten SPD gibt es seit jeher die verantwortungsethisch geprägte, pragmatische Regierungs-SPD. Dieses Muster aber ist alles andere als neu. Die Andrea Ypsilanti der frühen SPD hieß Karl Kautsky, las den Parteifreunden aus dem "Kapital" vor, propagierte marxischen Radikalismus und übte sich in Wunschdenken. Der Steinbrück jener Tage trug den Namen Eduard Bernstein. Der rang für demokratische Mitsprache der Arbeiter, kämpfte für den Acht-Stunden-Arbeitstag mit Kaffeepause und mokierte sich über "Utopisterei". Steinbrück nennt derlei heute "Bullshit".

Die SPD steht zwischen Fundis und Realos

Jener Graben zwischen theoretischem Dogmatismus und verantwortungsvoller Reformpolitik hat die SPD stets ausgemacht. Gegründet gegen die herrschenden Verhältnisse und lange in die Opposition verbannt, besaß die deutsche Linke stets einen utopischen Überschuss. Der Wunsch, regieren zu wollen, wurde oft verdammt als Bereitschaft, Abstriche zu machen, als Mangel an Prinzipientreue. Die großen Sozialdemokraten, ob Friedrich Ebert oder Hermann Müller, später Helmut Schmidt oder Schröder, galten in ihrer Partei nicht selten als gewissenlose Modernisierer, Reformer, Macher.

Der Größenwahn Andrea Ypsilantis bestand darin, dass sie gar beides wollte: mit einem ordentlichen Überschuss an Utopie agitieren – und gewissermaßen nebenbei regieren. Im Luftreich der Träume und in der Staatskanzlei an der Georg-August-Zinn-Straße 1 aber herrschen zu wollen, das kann nicht funktionieren. Willy Brandt, Schmidt und Schröder hingegen haben "Utopisterei" eben nicht zum ersten Tagesordnungspunkt ihrer Kabinettsitzungen gemacht. Oskar Lafontaine war übrigens der letzte SPD-Kanzlerkandidat, der im Einheitsjahr 1990 einen Spagat à la Ypsilanti wagte. Damals schnitt die SPD so schlecht ab wie seit der Ära Adenauer nicht mehr.

Anders als CDU und CSU ist die SPD bis heute keine pragmatische Partei. Sie nennt sich stolz Programmpartei und beansprucht diesen Titel zu Recht wie keine andere. Ihr Mangel an Pragmatismus offenbart sich in Hessen gar auf doppelte Weise. Ypsilanti agiert seit jeher wenig pragmatisch. Doch die Abgeordnete Dagmar Metzger und ihre drei Kollegen tun es ebenso wenig.

Dieses Phänomen individuell handelnder, ihrer Führung widersprechender Parlamentarier war dabei für die rot-grüne Koalition ein konstitutives Element. Schröder musste daher manches Mal um seine Regierungsmehrheit bangen. Den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan konnte Schröder im Jahr 2001 nur durchsetzen, indem er jene Abstimmung mit der Vertrauensfrage verband. Nur unter dieser Maßgabe ließen sich 20 SPD-Abgeordnete mit gegenteiliger Grundüberzeugung zur Zustimmung drängen.

Bereits zwei Jahre zuvor hatte Schröder, als Kanzler und SPD-Vorsitzender auf dem Zenit seiner Macht, gemeinsam mit dem britischen Premier Tony Blair ein wirtschaftsliberal geprägtes Papier verfasst. Die SPD hielt davon gar nichts und vermittelte dies ihrem Vorsitzenden recht direkt; der ließ es erschreckt in einer Schublade verschwinden.

Große Würfe sind selten in der SPD

Der nächste Versuch eines großen Wurfs sollte lange auf sich warten lassen. Die Agenda 2010 stieß 2003 geradezu auf eine interne Front von Ablehnung. Widerstand zeigten zudem die Gewerkschaften. Zwar hatte die SPD wider Erwarten und vor allem aufgrund von Schröders Einsatz gerade erst, im September 2002, die Wahl gewonnen. Nun aber machten (vor allem über die bayerische Landesliste gewählte) Parlamentarier der SPD gegen den eigenen Kanzler und seine Pläne mobil. Sie initiierten gar ein Mitgliederbegehren und stellten dies unter das Motto "Wir sind die Partei". Schröder, wurde also insinuiert, war das nicht.

Es war die Folge dieses Konfliktes, als der Bundeskanzler im Jahr darauf den Parteivorsitz niederlegte. In der Union wäre so etwas undenkbar; ihrer Führung dienen Parteitage als politische Hochämter. Die SPD-Spitze hingegen muss vor und während Parteitagen stets etliche politische Klippen umschiffen. Mit der Entscheidung für Neuwahlen im Jahr 2005 versuchten Müntefering und Schröder ein Meutern der eigenen Funktionäre und Abgeordneten zu verhindern. Doch selbst gegen diesen Plan war der Widerstand groß; einige in der SPD verübeln Schröder dieses Manöver noch heute. Schröder aber, der einst eine "ruhige Hand" beschworen

hatte, ließ sich nun stets, zumal hinsichtlich von Reformen, vernehmen mit den Worten: "Ich kann keine andere Politik."

Ein solches Wort hat man von Kanzlerin Angela Merkel bislang nicht gehört. Sie regiert mit wahrhaft ruhiger Hand – und in ihrer Partei stößt es auf keinen oder wenig Widerstand, wenn Arbeitsmarktreformen unter ihrer Führung verwässert werden oder wenn sie die wirtschaftsliberale Programmatik nonchalant über Bord wirft. Überspitzt gesagt: In der SPD hätten derlei Entscheidungen nicht nur Parteiaustritte zur Folge gehabt. Die eigene Führung hätte sich vielen Diskussionen stellen müssen, böse Briefe wären zirkuliert und Hinterbänkler hätten ein "Mitgliederbegehren" initiiert.

So wird auch die SPD im Wahljahr 2009 changieren zwischen Kautsky und Bernstein, "Kapital" und Kaffeepause, Dogmatismus und Pragmatismus, Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Eines ist dabei gewiss: Nach Ypsilantis Abtritt von der politischen Bühne wird sich ein neuer Antipode zu Peer Steinbrück schnell finden. Das ist das Schicksal der SPD.

Im Bundestagswahlkampf werden die Sozialdemokraten wieder klagen, die Union verstehe sich zu oft als natürliche, geborene Regierungspartei. Die SPD aber trägt mit ihrem Hang zur Opposition genau dazu bei. Manch ein Sozialdemokrat versteht es nach wie vor als Betriebsunfall, wenn die eigenen Leute regieren. Steinbrück, aber auch Müntefering und Frank-Walter Steinmeier, sehen das anders. Sie wollen ihrer Partei dieses Gefühl austreiben. Andrea Ypsilanti wird künftig nicht regieren. Sie kann sich dann auf "Utopisterei" konzentrieren. Die Bernsteins dieser Tage werden das begrüßen.
